

Zusammenfassung

Die Denknetz-Steueragenda: Wie 25 Mia Franken jährlich zugunsten der Bevölkerung rückverteilt werden können

Hans Baumann, Beat Ringger

Die Fiskal- und Steuerpolitik nimmt in der gesamten Politik eine Schlüsselrolle ein. Bildung, Soziale Sicherheit, Gesundheitswesen, öffentliche Infrastruktur, Wirtschaftspolitik, Familienpolitik: Alle diese Themen sind direkt oder indirekt mit Finanz- und Steuerfragen gekoppelt. In der Steuerpolitik stellen sich Verteilungs- und Gerechtigkeitsfragen: Wer bezahlt wie viel? Mit Steuern wird gesteuert, werden gesellschaftspolitische Weichen gestellt. Steuereinnahmen bilden die Grundlage für das demokratisch legitimierte, öffentlich-staatliche Gestaltungspotenzial. Ein ausreichendes Steueraufkommen ist eine unabdingbare Voraussetzung des zivilisatorischen Prozesses geworden.

In wirtschaftsliberaler Sicht ist der Markt a priori das beste Steuerungssystem, und Steuern sind ebenso a priori möglichst tief zu halten. Es wird postuliert, dass wir steuerpolitisch unter einem Mangel an greifbaren Mitteln leiden würden. In den Worten des CVP-Präsidenten Christophe Darbellay: »Wir sind bürgerlich, weil wir wissen, dass Geld zuerst verdient werden muss, bevor es ausgegeben werden kann«. Diese Aussage basiert auf einer Unterstellung: Die Linke kümmert sich nicht darum, dass jeder Franken zuerst verdient werden muss, bevor er ausgegeben werden kann. Die Linke will die Sozialleistungen, die Löhne und die Staatsausgaben ständig erhöhen, ohne sich dafür zu interessieren, woher das Geld kommt. Sie will die Wirtschaft ständig melken, ohne deren Leistungsgrenzen zu berücksichtigen.

Im Satz des CVP-Präsidenten verbirgt sich jedoch noch eine weitere, in der verteilungspolitischen Diskussion zentrale Unterstellung. Diese lautet: Diejenigen, die sich die Franken aneignen, haben diese Franken auch verdient. Doch genau dies ist nicht der Fall. Es ist offensichtlich, dass hohe Gewinne, Spitzengehälter und Boni von den Konzernleitungen, den Managern und den Finanzjongleuren zwar einkassiert, aber eben nicht ›verdient‹ werden. Deshalb braucht es den Gegen-Satz zu Darbellay: *Jeder Franken muss zuerst erarbeitet werden, bevor er ›verdient‹ werden kann.* Diejenigen, die heute im

grossen Stil ›verdienen‹, sind keineswegs diejenigen, die diese Werte auch erarbeitet haben. Deshalb sind Steuern auf hohen Einkommen und Vermögen auch keine Umverteilung, wie fälschlicherweise laufend unterstellt wird. Sie sind vielmehr eine Form der Rückverteilung.

Doch wer eine solche Rückverteilung einfordert, wird in die Neidecke gestellt. In exemplarischer Weise äussert sich dazu der NZZ-Chefredaktor Markus Spillmann in einem Leitartikel zu SP-Steurgerechtigkeitsinitiative mit dem sprechenden Titel ›Die Neidgesellschaft bläst zum Halali‹ (NZZ, 16.11.10). Spillmann bezeichnet darin die Reichsten als die »Leistungsfähigsten«, die am besten »auf eigenen Beinen« stehen. Auf eigenen Beinen – wirklich? Gerade eben nicht: Die Reichen und die Superreichen bedienen sich vielmehr der Beine der vielen Andern.

Eine kleine Rechnung mag dies verdeutlichen. Frage: Wie lange müsste eine durchschnittlich verdienende Person arbeiten, um so viel Einkommen zu erzielen, wie Daniel Vasella (CEO Novartis) in einem Jahr erhalten hat (nämlich 40 Mio Franken)? Antwort: Sie müsste dafür zehn Mal wiedergeboren werden und alle ihre Leben dauerhaft erwerbstätig sein (wer in der Schweiz einen durchschnittlichen Lohn bezieht, verdient in seinem ganzen Erwerbsleben eine Bruttolohnsumme in der Grössenordnung von 4 Mio Franken).

Spillmann unterstellt zudem, die Reichsten würden heute das Gros der Steuerlast tragen und damit bereits ein hohes Mass an gesellschaftlicher Solidarität aufbringen. Ein Mehr wäre selbstredend unzumutbar. Der NZZ-Chef führt an, 70% der Erträge der Bundes-Einkommenssteuer würden von 10% der SteuerzahlerInnen stammen. Die Zahl trifft zu. Was Spillmann aber unterschlägt ist, dass die direkten Einkommenssteuern nur einen Bruchteil dessen ausmachen, was an Steuern, Abgaben und obligatorischen Versicherungsbeiträgen von der Gesamtbevölkerung heute entrichtet wird. Entsprechend präsentiert sich eine Gesamtsicht ganz anders: Die 10% Reichsten verfügten im Jahr 2008 über 23% des primären Gesamteinkommens (also der Einkommen vor Steuern). Nach Steuern und Abgaben betrug ihr Anteil immer noch 21%. Der Rückverteilungseffekt ist also insgesamt äusserst gering. Stellt man dann noch in Rechnung, dass Reiche deutlich mehr staatliche Leistungen in Anspruch nehmen als Arme (z.B. indem sie studieren, regelmässig in die Oper gehen, durchschnittlich älter werden und damit länger Renten beziehen etc.), dann dreht die Sache: Das Steuer- und Abgabewesen ist in der Schweiz gegenwärtig so gebaut, dass die Reichen eher profitieren, als dass sie abgeben. Hans Baumann beleuchtet diese Zusammenhänge ausführlich im Beitrag ›Rückverteilen mit Steuern‹.

Es geht in diesem Buch also um Gerechtigkeit und um Verteilungskämpfe. Wir machen Vorschläge, mit denen jährlich über 25 Mia Franken zusätzliche Steuererträge generiert werden sollen. Kein einziger unserer Vorschläge erhöht die Steuerbelastung der grossen Bevölkerungsmehrheit (90% der Bevölkerung). Immer geht es darum, rückzuteilen von Ganz-Oben nach Oben-Mitte-Unten, und immer geht es darum, umzuteilen von Privatnutz zu Gemeinnutz. Im Visier unserer Vorschläge sind Einkommen und Vermögen im Abzockerbereich, insbesondere aber auch die hohen Unternehmensgewinne. Es sind vor allem Letztere, die – bei niederen Steuersätzen – hohe Renditen für InvestorInnen, Dividenden für AktionärInnen und Boni für Kader bringen.

Die von uns vorgeschlagene Rückverteilung scheint auf den ersten Blick hoch gegriffen, zielt sie doch auf eine Summe in der Gröszenordnung von 5% des BIP. Sie ist allerdings weit davon entfernt, revolutionär zu sein. Es geht lediglich darum, einen Teil dessen zu korrigieren, was in den letzten zwanzig Jahren in der umgekehrten Richtung geschehen ist. Denn in diesen Jahren ist massiv von Unten-Mitte nach Ganz-Oben umverteilt worden. Eine einzige Zahl mag veranschaulichen, in welchen Dimensionen sich diese Umverteilung bewegt: Wären die in der Schweiz steuerpflichtigen Unternehmen im Jahr 2006 nach denselben Verfahren und Sätzen besteuert worden, die im Jahr 1990 noch Gültigkeit hatten, dann hätten sie 28.7 Mia Franken zusätzlich an Steuern zahlen müssen. 28.7 Mia Franken! Das sind mehr als 5% des BIP – ein erklecklicher Betrag¹.

Falsche Steuerpolitik gefährdet unsere Zukunft

Es geht in diesem Buch also um Gerechtigkeit. Es geht jedoch auch noch um viel mehr. Denn die heutige Reichtumsverteilung ist nicht nur ungerecht, sie bedroht auch die Gesellschaften in ihrem Kernbestand. Warum dies?

Das folgende Beispiel macht deutlich, wie die Steuerpolitik mit den Finanzkrisen zusammenhängt. Im Februar 2011 wurde ruckbar, dass die neueste schweizweite Steuerreform (die sogenannte Unternehmenssteuerreform II) zu enormen Steuerausfällen führen wird. Grund: Das neue Gesetz enthält eine Bestimmung, die dazu führt, dass Dividenden während Jahrzehnten steuerbefreit werden (die Details erörtert Margret Kiener Nellen in ihrem Beitrag *Unternehmenssteuerreform II: Betrug an den StimmbürgerInnen*). Je nach Schätzung führt dies in den nächsten Jahren zu Steuerausfällen von 6 bis über 10 Mia Franken. Die Profiteure sind die Besitzer von Aktien. Das sind u.a. Banken, institutionelle Anleger, Fonds und ver-

mögliche Privatpersonen. Was werden diese mit dem geschenkten Geld tun? Schokolade kaufen? Schulen einrichten? Neue Unternehmen aufbauen? Mit andern Worten: Konsumieren oder reale Investitionen tätigen?

Nein. Sie werden diese Gelder auf den Finanzmärkten anlegen. Damit nehmen die Überschüsse auf diesen Märkten ein weiteres Mal zu. Denn in der Finanzwelt hat es viel zu viel Geld. Diese Erkenntnis blitzt auch immer wieder auf bürgerlicher Seite auf. Auch die NZZ bezweifelt, dass aus der Finanzkrise ernsthafte Lehren gezogen worden sind, »wenn man sich vor Augen führt, wie viel billiges Geld noch immer in das System fliesst«² (dass diese Erkenntnis von demselben Markus Spillmann formuliert wird, der steuerliche Rückverteilung als Halali der Neidgetriebenen diffamiert, entbehrt

Steuern in der Schweiz: Fakten, die es sich in sich haben

Die folgenden Zahlen werfen einige Schlaglichter auf die Steuern und in die steuerpolitischen Diskussionen der Schweiz.

Grössenordnungen

Im Jahr 2007 betrug der Wert aller in der Schweiz produzierten Güter und Dienstleistungen (Bruttoinlandprodukt BIP) 526.2 Mia Franken. Die Staatseinnahmen beliefen sich auf 156.6 Mia Franken; davon waren 114.5 Mia Franken Steuereinnahmen, der Rest stammte insbesondere aus Taxen und Entgelten. Zusätzliche 52.4 Mia Fr. gingen in Form von Sozialbeiträgen an die staatlichen Sozialversicherungen (AHV, IV, EO und ALV). Der Anteil der Unternehmenssteuern (15.6. Mia Franken) an den Staatseinnahmen belief sich auf 11.4%.

Im internationalen Vergleich fallen folgende Eigenheiten auf:

- eine leicht überdurchschnittliche Belastung der Gesamtbevölkerung mit Steuern und obligatorischen Sozialabgaben (leicht über dem OECD-Durchschnitt), sofern man die Krankenkassenprämien und die Pensionskassenbeiträge mitrechnet
- jedoch rekordtiefe Steuern auf hohen und sehr hohen Einkommen und auf Unternehmensgewinnen
- Kopfprämien bei der Krankenversicherung (als eines der ganz wenigen Länder der Welt)
- ein im europäischen Vergleich sehr tiefer Mehrwertsteuersatz
- eine sehr hohe Belastung der Bevölkerung mit Gebühren, Selbstbehalten, Taxen
- ein vergleichsweise hoher Arbeitnehmeranteil bei der Finanzierung der Sozialversicherungen

Rekordhohe Ungleichverteilung der Vermögen

Ein Prozent der Schweizer Wohnbevölkerung besitzt beinahe 60% des gesamten Vermögens. Die Schweiz gehört damit zusammen mit Singapur und Nigeria zur globalen Spitzengruppe der Ungleichheit. Das ist allgemein bekannt. Weniger bekannt ist, dass die ›arme‹ Bevölkerungsmehrheit im Vergleich mit den Nachbarländern gleich oder schlechter gestellt ist: Die 50% ›ärmsten‹ Erwachsenen besitzen im Schnitt gerade mal 14'000.– Franken Vermögen. Das ist weniger als beispielsweise der durchschnittliche Besitz der 50% ›ärmsten‹ Erwachsenen Italiens.

Hohe Boni und Abzockerlöhne

Das oberste Prozent der SpitzenverdienerInnen erzielte 1997 Einkommen in der Grössenordnung von 3% des BIP. Dieser Anteil verdoppelte sich bis ins Jahr 2007 auf 6% (32 Mia Franken). Alleine die Summe der Boni, welche in der Schweiz zur Auszahlung kommen, bewegt sich in einer Grössenordnung von 11 bis 18 Mia Franken.

Explodierende Gewinne, implodierende Gewinnsteuersätze

Die Summe aller versteuerten Reingewinne ist von 38.7 Mia Franken im Jahr 1990 auf die unglaubliche Zahl von 231.3 Mia Franken im Jahr 2006 geklettert. Umgekehrt der Prozentsatz der Steuern, die von den Unternehmen auf diese Gewinnsumme bezahlt worden sind: Er sank von 19.3% (1990) auf 7.1% (2006). Wären die Unternehmen 2006 zu den gleichen effektiven Sätzen besteuert worden wie 1990, dann hätten sie 28.7 Mia Franken mehr Steuern bezahlen müssen.

Steuerföderalismus, Steuerdumping

Ein beträchtlicher Teil der Steuerhoheit liegt in der Schweiz bei den Kantonen. Dies führt zu enormen Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten. Ein Beispiel: Wer ein Einkommen von 1 Mio Franken erzielt, bezahlt in der Stadt Zug Einkommenssteuern in der Höhe von 106'700.– Franken, in Delsberg (Jura) 281'200.– Franken.

Keine Rückverteilungswirkung durch heutige Steuern

Allgemein wird angenommen, dass die Steuern zu einer Glättung der Ungleichheit führen. Für die Schweiz muss dies bestritten werden. Zwar bezahlen beispielsweise auf Bundesebene die 10% Reichsten 70% der Einkommenssteuern. Jedoch wird dieser Effekt im Gesamtgefüge des Steuer- und Abgaberegimes weitgehend aufgehoben. Resultat: Die 10 Prozent Reichsten verfügten 2008 über 23 Prozent des Primäreinkommens (also der Einkünfte vor Steuern). Beim verfügbaren Einkommen (also den Einkünften nach Steuern und nach obligatorischen Abgaben) betrug deren Anteil immer noch 21 Prozent. Berücksichtigt man, dass Reiche überdurchschnittlich viele Staats- und Sozialleistungen in Anspruch nehmen (hoher Anteil an Studierenden, subventionierter Kulturkonsum wie Opern, längere Lebenserwartung und somit längere Rentenzahlungen), dann resultiert eine zusätzliche sekundäre Umverteilung von unten nach oben – nicht von oben nach unten.

Hohes Potential für Rückverteilung: Die Denknetz-Steueragenda

Der Spielraum, um in der Schweiz rückverteilende Steuern zu erhöhen, ist aus zwei Gründen gross: Erstens sind die Reichen und die Unternehmen in der Schweiz steuerpolitisch ausserordentlich privilegiert. Zweitens ist der Standort und der Lebensraum Schweiz für Unternehmen und für Reiche besonders attraktiv (z.B. hohe Sicherheit, hohes Kulturangebot, hohes Bildungsniveau etc.). Deshalb können rückverteilende Steuern deutlich erhöht werden, ohne dass mit einem Exodus der Unternehmen und der Reichen gerechnet werden muss. 5% des BIP (25 Mia Fr.) kommen mit den in diesem Buch gemachten Reformvorschlägen dabei an steuerlichen Mehreinnahmen zustande.

nicht der Ironie). Tatsächlich: Was für einen AKW-Super-GAU das schmelzende Brennmaterial, das sind für die Finanzmärkte Kapitalüberschüsse: Riesige Geldmengen, die ›gierig‹ von einer Spekulationsblase zur nächsten getrieben werden und damit nicht nur das eigene System gefährden, sondern die gesamte Wirtschaft kontaminieren. Aktuelles Beispiel: 2009 und 2010 investierten die international tätigen Finanzinstitute enorme Summen in windige Derivate, die auf Kursveränderungen von Staatspapieren spekulieren. Manche unter ihnen spekulierten auch auf die Währungsverluste des Euro. Auf diese Weise wurde die anschliessende Krise der Staatsfinanzen erst so richtig in Fahrt gebracht.

Die Kernschmelze der Finanzmärkte

Im Herbst 2008 war es auf den Finanzmärkten zum GAU gekommen. Für kurze Zeit sah es so aus, als sei auch der Super-GAU nicht mehr abzuwenden, als würden die elementaren Finanzkreisläufe unterbrochen und damit die gesamte Wirtschaft in eine tiefe Krise gerissen. Nur dank massiver staatlicher Interventionen konnte dieser Super-GAU abgewendet werden. Weltweit wurde die unvorstellbare Summe von 11'000 Mia US-\$ an öffentlichen Geldern ins Spiel gebracht, um den Finanzkollaps zu vermeiden. Zum Glück konnte der überwiegende Teil dieser Summe in der Form der Bürgschaft gehalten werden und musste – zumindest bis heute – nicht ausbezahlt werden. Doch auch so bewegen sich die realen Kosten noch in einer Grössenordnung, die alle vergleichbaren Beträge weit in den Schatten stellt.

Basis der Finanzmarktkrisen sind wie gesagt die gewaltigen Kapitalüberschüsse. Wenn zu viel Kapital nach Rendite sucht, dann ist das die zentrale Voraussetzung für Spekulationsblasen. Diese gefährlichen Kapitalüberschüsse auf den Finanzmärkten sind un-

ter anderem die Folge der Mainstream-Steuerpolitik der letzten zwanzig Jahre. Die Steuersenkungen, die von der neoliberalen Politik befürwortet werden und in Form eines bewusst angekurbelten internationalen (und in der Schweiz auch interkantonalen) Steuerwettbewerbs vorangetrieben worden sind, haben dazu geführt, dass die Unternehmensgewinne, die hohen Vermögen und die hohen Einkommen insbesondere in den letzten 15 Jahren steuerlich massiv entlastet worden sind. Aber eben: Diese Gelder fließen nicht mehr in die Realwirtschaft, sondern überwiegend in Finanzprodukte.

Diese Erkenntnis ist noch viel zu wenig in den Köpfen der Menschen angelangt. Immer noch können die Mainstream-ÖkonomInnen unterstellen, dass es in erster Linie darum gehe, dem Kapital günstige Bedingungen anzubieten – der wirtschaftliche Erfolg stelle sich dann quasi automatisch ein. Immer noch glauben viel zu viele Leute der Aussage, wie sie der ehemalige deutsche Bundeskanzler Helmut Schmidt 1978 gemacht hatte: Die Gewinne von heute seien die Investitionen von morgen und die Arbeitsplätze von übermorgen. Schmidt formulierte dieses Bonmot allerdings just zu einem Zeitpunkt, in dem es seine Gültigkeit einbüsste. Der Kernmechanismus heute lautet nämlich ganz anders: Die Gewinne von heute Morgen sind die Spekulationsblasen von heute Mittag und die Wirtschaftskrisen von heute Nachmittag. Auf diese Zusammenhänge gehen ausführlich die Buchbeiträge *Zu reich für den Kapitalismus* (Denknetz Fachgruppe Politische Ökonomie), *Die Mutter aller Finanzkrisen: Zu hohe Unternehmensgewinne* (Werner Vontobel) und *Krise des Steuerstaats* (Michael Krätke) ein.

Um noch einmal auf das Bild der Kernschmelze zurückzukommen: Leider ist es keinesfalls eine Übertreibung, Kapitalüberschüsse als das schmelzende Brennmaterial der Finanzmärkte zu bezeichnen. Tatsächlich sind die Folgen von Finanzkrisen verheerend. Die staatlichen keynesianischen Konjunkturpakete und die Rettungsmassnahmen für den Finanzsektor haben zwar kurzfristig einen weltwirtschaftlichen Super-Gau verhindert. Die damit verbundenen Grundwidersprüche konnten aber nicht beseitigt werden. Im Gegenteil: Die Staaten haben mit den enormen Geldsummen, die sie in die Finanzmärkte gepumpt haben, dafür gesorgt, dass die spekulative Dynamik eine rasche und paradoxe Fortsetzung findet. Denn diese Geldmittel werden von den eben noch geretteten Banken und Finanzinstituten nun gegen ihre Retter verwendet. Die Banken setzen ihre liquiden Mittel zu spekulativen Geschäften gegen Staaten und ihre Staatspapiere ein. Doch das Spiel ist gefährlich – dann nämlich, wenn diese Staaten sich umschulden müssen. Banken könnten erneut ins Trudeln geraten, weil sie zu viele kritische

Staatspapiere, vor allem aber zu viele spekulative Derivate auf solche Papiere in ihren Beständen haben. Eine baldige Neuauflage der Finanzkrise vom Herbst 2008 wird von vielen Beobachtern deshalb nicht mehr ausgeschlossen.

Das Steuer herumreissen: Die Denknetz-Steueragenda

Wir müssen also nicht nur aus Gründen der Gerechtigkeit, sondern auch aus Gründen der gesellschaftlichen Vernunft das Steuer herumreissen. Steuern mit Rückverteilungseffekten sind ein Mittel, um den gesellschaftlichen Reichtum aus den zerstörerischen Finanzmärkten herauszulösen und wieder in die Zonen der gesellschaftlichen Nützlichkeit zu transferieren (z.B. zur Finanzierung des ökologischen Umbaus und zur Sicherung einer guten Gesundheitsversorgung). Höhere rückverteilende Steuern müssen zu einem globalen Trend werden. Die Schweiz ist diesbezüglich dringend gefordert, weil sie immer noch die Rolle des Trendsetters in die Gegenrichtung einnimmt: Sie übt mit ihrer Tiefsteuerpolitik Druck auf andere Länder aus und ist einer der global aggressivsten Akteure zur Aufblähung der Finanzwirtschaft. Sie ist damit ein bedeutendes Hindernis für den dringend gebotenen Rückbau der Finanzmärkte. Die steuerpolitische Positionierung der Schweiz, die Andres Frick in seinem Beitrag vornimmt (*Die Schweiz im internationalen Vergleich: Tiefe Steuern für hohe Einkommen und Unternehmen*), bestätigt diesen Befund.

Gegensteuer ist natürlich auch aus innenpolitischen Gründen erforderlich – zum Beispiel, damit die öffentlichen Care-Dienste (Pflege, Kinderbetreuung) endlich auf ein Niveau gehoben werden können, das dem Reichtum unseres Landes einigermaßen entspricht; zum Beispiel für die Finanzierung der Energiewende und des Ausstiegs aus der AKW-Technologie; zum Beispiel zur Stärkung der Entwicklungshilfe.

Mit der vorliegenden Denknetz-Steueragenda schlagen wir ein Massnahmenpaket vor, mit dem dieser Kurswechsel vollzogen werden kann. Wir wollen mit neuen oder mit erhöhten Steuern einen jährlichen Mehrertrag von 25 Mia Franken erzielen. Damit bewegen wir uns in der Grössenordnung von 5% des BIP und in den Dimensionen, die einen umfassenden Politikwechsel ermöglichen. Die angepeilte Summe hat zweifellos erhebliche Lenkungseffekte. Sie verschiebt die Verteilung des Reichtums und hilft, die Finanzmärkte zu entwässern. Sie korrigiert die falsche Standortstrategie der bürgerlichen Eliten und holt die Schweiz aus der Schmutzdecke heraus,

in die sie als Schmarotzernation und Bankenrepublik geraten ist. Sie eröffnet erhebliche Spielräume für die Stärkung der öffentlichen Care-Dienste, für den ökosozialen Umbau, für innovative Ansätze in der Standortpolitik. Auf einzelne Aspekte dieses Politikwechsels gehen insbesondere die Beiträge von Mascha Madörin (*Weltmarkterfolg auf Kosten der Frauen*³) ein.

In der folgenden Tabelle geben wir eine Übersicht über die verschiedenen Komponenten der Denknetz-Steueragenda. Sämtliche Komponenten werden in den jeweiligen Kapiteln des Buches ausführlich erörtert.

In der Summe der von uns vorgeschlagenen Massnahmen kommen Mehreinnahmen von 35.8 Mia Franken zusammen. Wir machen von diesem Betrag aus zwei Gründen einen Sicherheitsabzug von 20%. Der erste Grund: Die einzelnen Massnahmen können zu negativen Rückkoppelungen führen, die in ihrer Gesamtheit nur sehr schwer voraussehbar sind. Ein Beispiel: Die Erhöhung der

Steuer / Massnahme	Geschätzte Mehr-Einnahmen in Mia CHF pro Jahr	Verweis auf den zugrundeliegenden Buchbeitrag
Erhöhung der Unternehmenssteuern (Gewinne, Kapital, Sondersteuern auf Finanzgeschäften und Finanzinstituten)	15.2	Beat Ringger: Unternehmenssteuern: Grosser Spielraum für höhere Erträge
Nationale Erbschaftssteuer	7	Hans Kissling: Plädoyer für eine Bundeserbschafts- und Schenkungssteuer
Reduktion der Steuerhinterziehung durch die Einführung der automatischen Informationspflicht gegenüber den Steuerbehörden auch im Inland	1	Stefan Howald: Steuerhinterziehung: »Eine ressentimentgeladene Einstellung provozieren«
Einführung einer Kapitalgewinnsteuer von 25% auf einer Gewinnsumme von über CHF 5000.-	2	Beat Ringger: Einkommenssteuern: Boni und Abzockerlöhne erfassen
Erhöhung der direkten Einkommenssteuern auf hohe Einkommen und Boni bei Bund sowie Plafonierung der Abzugsmöglichkeiten	4.6	Idem
Mehrwertabschöpfung bei Immobilienbesitz	2	Emanuel Wyler: Steuern auf Boden und Immobilien
Einkommens- und vermögensabhängige Krankenkassenprämien	4	Beat Ringger: Steuern und Sozialversicherungen: Sündenfall Kopfprämie
Zwischentotal	35.8	
Sicherheitsabzug	7.2	
Total	28.6	

Unternehmenssteuern schmälert die Höhe der ausgeschütteten Gewinne und damit auch die Steuerbasis der Kapitalerträge bei den Privatpersonen (Dividenden). Angenommen, 10% der Aktien aller in der Schweiz steuerpflichtigen Unternehmen befinden sich im Privatbesitz von Schweizer Haushalten. Weiter angenommen, von den Unternehmensgewinnen wird im Schnitt die Hälfte in Form von Dividenden ausgeschüttet. Eine Erhöhung der Unternehmenssteuern im Betrag von 12 Mia Franken würde also zu einer verminderten Auszahlung von 6 Mia Dividenden führen – davon 10% an in der Schweiz steuerpflichtigen Personen. Die Steuerbasis sänke also um 0.6 Mia Franken, der Steuerertrag um circa 0.1 Mia Franken.

Wichtiger als dieser erste ist aber der zweite Grund für den Sicherheitsabzug. Denn die Denknetz-Steueragenda soll keine Schönetwetteragenda sein, sondern ihre Gültigkeit auch in krisenhafteren Zeiten haben. Wir wollen also von einem Wert ausgehen, der auch einigen ›Regengüssen‹ standhält. Denn unsere Beurteilung der wirtschaftlichen Entwicklung der nächsten Jahre fällt eher kritisch aus. Zwar deuten viele Zeichen darauf hin, dass die Unternehmensgewinne 2010 bereits wieder in die Höhen der unmittelbaren Vorkrisenjahre geklettert sind. Doch die globale wirtschaftliche Lage ist durch erhebliche Unsicherheiten gekennzeichnet. Sie führt beispielsweise zu unerwünschten Höhenflügen des Schweizer Frankens, was die Gewinne der Exportindustrie in Mitleidenschaft zieht. Damit sinkt auch die Ertragsbasis, auf der die Steuern bezahlt werden.

Im Rahmen einer grundlegenden Neuorientierung der Steuerpolitik sind weitere Steuermodelle kritisch zu überprüfen. Eines davon ist die Pauschalbesteuerung reicher AusländerInnen, auf die Niklaus Scherr in seinem Artikel *Schluss mit den Steuerprivilegien für Millionäre – die Pauschalbesteuerung gehört abgeschafft* eingeht. Die fiskalpolitische Wirkung dieses Schrittes ist strittig. Erste Erfahrungswerte aus dem Kanton Zürich, der auf den 1.1.2010 nach einem entsprechenden Volksbeschluss Pauschalbesteuerung abgeschafft hatte, deuten darauf hin, dass dieser Entscheid insgesamt keine negativen, sondern eher positive Auswirkungen auf die Steuereinnahmen hat.

Besonders bedeutsam ist die grundsätzliche Abkehr von einer Politik, die Steuerhinterziehung im internationalen Massstab zu begünstigen. Wir fordern erstens, dass die Schweiz sich zum automatischen Informationsaustausch bekennt, und zweitens, dass die systematische und betragsmässig relevante Steuerhinterziehung künftig strafrechtlich gleich behandelt wird wie der Steuerbetrug. Zusammen mit der Erklärung von Bern EvB und mit ATTAC Schweiz haben wir dazu im Jahr 2009 das Manifest Steuerwende

ins Leben gerufen, das sich u.a. diesen Zielen verpflichtet. Das Manifest hat über 7000 Unterschriften auf sich vereinigt und wird von den namhaften Gewerkschaften ebenso unterstützt wie von der SPS und der GPS. Wir gehen in diesem Buch nicht näher auf die damit verbundenen Fragen ein und verweisen einerseits auf die Website des Manifests (www.steuerwende.ch), andererseits auf das Heft 58 des Widerspruch (Steurgerechtigkeit – umverteilen!) vom Sommer 2010.

Schliesslich sind auch die Transaktionssteuern auf Finanzmarktgeschäften Thema unserer Überlegungen. Die Finanzmarktkrise hat dazu geführt, dass eine solche Steuer international ernsthaft diskutiert wird, wie Stefan Hostettler im Text *Finanztransaktionssteuer – dank des globalen Beinahe-Kollapses salonfähig* darlegt. Die Schweiz und England – beides Länder mit international wichtigen Finanzmärkten – kennen beide bereits heute Formen einer solchen Transaktionssteuer. In der Schweiz werden diese Abgaben Stempelsteuern genannt. Der Bundesrat plant im Zusammenhang mit der Unternehmenssteuerreform III eine teilweise Abschaffung dieser Stempelsteuern – Stefan Hostettler begründet, warum dies nicht zu rechtfertigen ist.

Mehr Mittel für den Staat – sinnvoll oder kontraproduktiv?

Aus marktradikaler Sicht sind Staaten im Regelfall ineffizient. Sie tendieren zu aufgeblähten und trägen Apparaten, die immer auch stark von Eigeninteressen geprägt sind. Demnach wären höhere Steuern nicht nur verteilungspolitisch abzulehnen, sondern ebenso auch aus Effizienzgründen.

Was ist von diesem Argument zu halten? Die Gültigkeit des Arguments müsste sich zwingend in einer positiven Korrelation von niederen Steuern und hohem Wirtschaftswachstum ausdrücken. Denn je weniger Ressourcen der Staat an sich bindet, umso mehr Mittel stehen der Privatwirtschaft zur Verfügung, und umso höher müsste das Wirtschaftswachstum ausfallen – immer vorausgesetzt, die Märkte weisen tatsächlich eine a priori höhere Effizienz auf als die Staaten.

In Wirklichkeit lässt sich eine solche Korrelation nicht nachweisen, wie eine breit angelegte, internationale Literaturstudie der ETH Zürich ergab (Frick et al., 2006). Die AutorInnen halten dazu fest: »Das eindrucklichste Resultat dieser Forschung ist die Schwierigkeit, einen robusten negativen Effekt der Steuerbelastung für das Wirtschaftswachstum zu finden. Das erstaunt vor allem, da die theoretischen Erwartungen diesbezüglich so eindeutig sind.« (S. 53).

Nun ist damit noch nicht gesagt, dass Staaten ihrerseits a priori besser wirtschaften. Entscheidend ist in jedem einzelnen Fall, wie gut gearbeitet wird, welche Interessen sich innerhalb der staatlichen Steuerung behaupten, ob Staaten und ihre Tätigkeiten demokratisch gesteuert und wirksam kontrolliert werden, wie motiviert das Personal ist und ob es sich einbringen kann. Wenn wir seitens des Denketzes für einen Ausbau öffentlicher Dienste und für eine Verstärkung der Mittelverteilung durch öffentliche Institutionen (u.a. auch Sozialversicherungen) eintreten, dann ist der Einsatz für Effizienz, für demokratische Steuerung und für partizipative Führung immer mitgemeint.

Dies einmal vorausgesetzt muss jedoch mit grossem Nachdruck gesagt werden, dass die Wohlstandsmehrung heute zunehmend von der Bereitstellung von Gemeingütern, von funktionierenden öffentlichen Infrastrukturen und von guten öffentlichen Diensten abhängt. Eine hohe Steuerquote markiert also tendenziell hohen Wohlstand. Die klassische industrielle Güterfertigung und die Erbringung von sachbezogenen Diensten sind mittlerweile hoch rationalisiert, die entsprechenden Märkte gesättigt. Eine weitere Steigerung des Konsums bei jenen Bevölkerungsschichten, die zu den kaufkräftigen gehören, bringt wenig zusätzlichen Wohlstand, kann hingegen die negativen Wirkungen auf Umwelt und Lebensräume erhöhen (Beispiel Drittauto im selben Haushalt). Gefragt sind hingegen bessere personenbezogene Dienste (Gesundheit, Betreuung, Bildung, Animation, Kultur). Ein Beispiel: Für normal verdienende Mittelstandsfamilien sind die Kosten für Kindertagesstätten eine enorme Belastung – entsprechend gross wäre der Gewinn, der aus kostenfreien oder zumindest kostengünstigen öffentlichen Kindertagesstätten entstünde. Ein weiteres wichtiges Feld staatlicher Aktivitäten ist der dringend erforderliche ökosoziale Umbau der Wirtschaft und der Infrastrukturen (z.B. Mobilität, Energie).

Leben wir auf Kosten des Auslands?

Die Schweiz weist seit vielen Jahren hohe Ertragsbilanzüberschüsse auf. Diese Überschüsse kommen zu einem guten Teil deshalb zustande, weil im Ausland erarbeitete Gewinne in die Schweiz transferiert werden. Der in der Schweiz akkumulierte Reichtum (und damit auch die Basiswerte, auf denen Steuern erhoben werden können) widerspiegelt eine ungerechte Weltwirtschaftsordnung. Deshalb ist klar: Zusätzliche Steuererträge müssen in einer Weise Verwendung finden, die auch hier Gegensteuer gibt. Die Erreichung der international als Zielgrösse definierten Entwicklungshilfe von 0.7% BIP

muss ohne Wenn und Aber eingehalten werden (selbstredend gilt es auch hier auf einen wirkungssicheren Mitteleinsatz zu achten). Darüber hinaus soll die Schweiz Impulsprogramme aufsetzen, die eine Ökonomie der Solidarität fördern. Die Schweiz soll sich neu als ein Land positionieren, das eine Strategie verfolgt, bei der alle Seiten vorankommen (eine Vorreiterrolle in Bereichen des Umweltschutzes zum Beispiel entspricht einer solchen Strategie). Zu verabschieden ist demnach die Strategie, bei der die in der Schweiz tätigen Eliten auf Kosten der Bevölkerungen anderer Länder Sonderprofite erzielen.

Besonders brisant ist in diesem Zusammenhang eine überraschende Erkenntnis im Bereich der Vermögensverteilung. Allgemein wird angenommen (respektive behauptet), auch die breite Bevölkerungsmehrheit der Schweiz profitiere vom Reichtum jener, die die Schweiz mit ihrer Steuerpolitik ins Land holt. Doch dies ist nicht der Fall: Das Durchschnittsvermögen der 50% ärmeren Haushalte der Schweiz liegt bei 14'000.– Franken und ist damit gleich tief oder sogar tiefer als in vergleichbaren Ländern, wie z.B. Italien. In andern Worten: Das ›Business-Modell‹ der Schweizer Eliten nützt vor allem diesen Eliten selbst (mehr Angaben dazu finden sich im Beitrag *Rückverteilen mit Steuern*).

Kriminelle Grundlast aushalten?

Ein weiteres Standardargument, das einer erhöhten Steuerbelastung von Reichen und von Unternehmen entgegengehalten wird, scheint pragmatisch und gerade deshalb unschlagbar zu sein. Es lautet, höhere Steuern liessen sich leider nicht durchsetzen, weil Kapital mobil sei und sich durch Flucht dem Zugriff der Steuerbehörden entziehe. In der NZZ vom 17. 2.2010 wird in einem Debatten-Beitrag ein solches Verhalten nicht etwa bedauert, sondern ausdrücklich gebilligt. Ja noch mehr: Kapital- und Steuerflucht, heisst es da, habe »nicht zuletzt mit einem Verlust des Vertrauens in den eigenen Staat zu tun«. Vertrauen werde auch nicht erreicht, indem sämtliche Steuerzahlenden mit einem »Netz des Misstrauens« überzogen würden. Nicht eine verstärkte Kontrolle sei nötig, vielmehr gelte es, »eine gewisse kriminelle Grundlast« auszuhalten.

Man mag sich über die hier offen geäusserten Ansichten die Augen reiben – der zitierte Artikel gibt aber sehr wohl die Haltung der hiesigen Eliten wieder. Stefan Howald konstatiert im Text *Steuerhinterziehung*: »Eine ressentimentgeladene Einstellung provozieren« denn auch, dass seit nunmehr 50 Jahren keine Untersuchung darüber mehr gemacht worden ist, wie hoch das Ausmass der Steuerhin-

terziehung in der Schweiz einzuschätzen sei. Howalds Berechnungen zeigen, dass mit der Einführung des Automatischen Informationsaustausches innerhalb der Schweiz ein steuerlicher Mehrertrag von einer Mia Franken pro Jahr erwartet werden darf. Wir haben diesen Betrag in die Denknetz-Steueragenda aufgenommen.

Bleibt die Frage, wie stichhaltig das Argument selbst ist. Im Grundsatz ist es zweifellos so: Kapital versucht mit allen erdenklichen Mitteln, Steuern zu vermeiden. Doch bislang hat sich die Schweiz als Standort positioniert, der dieser Steuervermeidung Vorschub geleistet hat. Die Frage lautet also: Welchen Spielraum haben wir für Steuererhöhungen, ohne dass es zu namhaften Absatzbewegungen des Kapitals kommt?

Mark Herkenrath und Beat Ringger stellen im Titel ihres Beitrages die entsprechende Frage (*Erpressung mit wenig Substanz: Führt die Denknetz-Steueragenda zu Steuerflucht?*). Ihre Antwort: Der steuerpolitische Spielraum ist für die Schweiz aus zwei Gründen beträchtlich. Erstens liegt unser Land mit der aktuellen Belastung von reichen Individuen und von Unternehmen im internationalen Vergleich sehr tief. Eine deutliche Mehrbelastung bringt uns ins internationale Mittelfeld, nicht in die Gruppe der ›Steuerhöhlen‹. Und zweitens zeichnet sich die Schweiz durch eine Reihe von weiteren Standortvorteilen aus, die für die Standortwahl (respektive Standorttreue) mindestens ebenso wichtig sind wie das Steuerniveau. Wie sonst wäre es zu erklären, dass die Schweiz und Schweden in den aktuellen Standortrankings beide hervorragend abschneiden (Avenir Suisse, 2011), wo doch Schweden als Steuerhöhle für Privatpersonen gilt und auch die dortigen Besteuerungssätze der Unternehmen deutlich über denjenigen der Schweiz liegen. Im WEF-Ranking nimmt die Schweiz den ersten, Schweden den zweiten Platz ein, ebenso im Ranking des European Innovation Scoreboard. In der IMD-Rangliste figuriert die Schweiz auf Platz vier, Schweden auf Platz sechs.

Der Zufluss von Holdingfirmen und von internationalen Headquarters, den die Schweiz in den letzten Jahren zu verzeichnen hatte, dürfte womöglich als Folge einer an unseren Vorschlägen orientierten Steuerpolitik abflachen. Bleibt die Frage, ob das nicht wünschenswert wäre, weil es für die breiten Bevölkerungsteile der Schweiz insgesamt eher zu einer Entlastung führen würde. Internationale Konzerne transferieren ihre Hauptquartiere meist mitsamt dem Personal – höchstbezahlte Topkader in grosser Zahl, die auf den Wohnungs- und Immobilienmärkten die Preise massiv nach oben drücken. Nicht nur wird dadurch Wohnen in Städten wie Zürich oder Genf zunehmend unbezahlbar, auch die ungesunde Preis-

hausse auf den Immobilienmärkten wird angeheizt – und damit eine gefährliche Spekulationsblase, deren Platzen zu einem bösen Erwachen führen könnte.

Steuern und direkte Demokratie

Bleibt eine letzte Frage anzusprechen. In der Schweiz werden politische Konzepte häufig daraufhin gelesen, ob sie sich in eine Volksinitiative oder in parlamentarische Vorstösse ummünzen lassen. Wir haben dieses Buch jedoch nicht im Hinblick auf eine solche Lesart geschrieben. Politik findet auf verschiedensten Ebenen statt. Eine davon betrifft grundlegende politische Orientierungen und das damit verbundene Ringen um die Definitionsmacht. Wir sehen unser Buch in erster Linie auf dieser Ebene angesiedelt.

Unsere Hauptbotschaft lautet: Aus Gründen der Gerechtigkeit und der demokratischen Intelligenz ist ein steuerpolitischer Kurswechsel dringend geboten. Wir müssen den gesellschaftlichen Reichtum aus den Finanzmärkten herauslösen und in Care-Dienste, den Umweltschutz und in global gerechte Problemlösungen investieren. Hier liegt die Zukunft. Die bürgerlichen Kreise verweigern eine entsprechende Alimentierung dieser Aufgaben, weil sie lieber an der Steuervermeidungsstrategie festhalten. Sie fahren damit eine riskante, unsoziale, nationalegoistische und antiökologische Linie. Das ist nicht ein Problem der Linken, sondern eines der gesamten Gesellschaft. Diejenigen, die dafür die Zeche bezahlen sollen, sind gut beraten, sich zur Wehr zu setzen. Wenn beispielsweise das Gesundheitspersonal der Schweiz sich einer Verschlechterung der Arbeitsbedingungen widersetzt und dann mit dem Argument angeblich fehlender finanzieller Mittel konfrontiert wird, so ist es legitim, diesen Vorhaltungen die Stirn zu bieten und unverdrossen für bessere Arbeitsbedingungen zu kämpfen.

Es ist allerdings auch durchaus interessant, einen Blick auf die steuerpolitischen Abstimmungen der jüngsten Zeit zu werfen. Dabei lassen sich drei Tendenzen ausmachen:

Erstens werden Vorlagen, mit welchen die breite Bevölkerung steuerlich stärker belastet werden soll, mit massiven Nein-Mehrheiten bachab geschickt. Im Mai 2011 hiessen die Stimmenden im Kanton Bern ein neues Energiegesetz gut, stimmten jedoch mit einer 75%-Mehrheit einem konstruktiven Referendum der politischen Rechten zu, mit dem eine neue Förderabgabe auf Strom aus dem Gesetz gekippt wurde. Die Folge: Die energiepolitischen Massnahmen müssen aus allgemeinen Steuermitteln finanziert werden, statt über eine Sonderabgabe. Noch deutlicher äusserten sich die Stimm-

bürgerInnen der Stadt Chur einen Monat zuvor. Sie verweigerten eine temporäre Erhöhung des Steuersatzes um 5% für ein Jahr mit einer Nein-Mehrheit von 84%.

Zweitens lassen sich die Stimmenden in den kleinen Kantonen von einer kantonalen Tiefsteuerstrategie überzeugen. Vorlagen zur deutlichen Steuersenkung fanden in Schwyz, Uri, Obwalden oder Neuenburg satte Mehrheiten, auch wenn davon meist nur die Reichsten und die Unternehmen profitieren. Das Kalkül ist dasselbe, mit dem die gesamte Schweiz im internationalen Umfeld operiert: ein kleinräumiger Standort zieht mit tiefen Steuern so viele Reiche und Firmen an, dass er dadurch die Steuerausfälle kompensieren kann. Win-Lose in Reinkultur also. Das Stimmverhalten ist nicht überraschend. Wenn die bürgerlichen Kreise dauernd genau diese Strategie anpreisen und behaupten, dass sie allen zugute komme, dann muss man sich nicht wundern, wenn kleine Kantone auf ebendiese Strategie setzen. Problematisch allerdings ist, wenn selbst die Sozialdemokratie auf solche Züge aufspringt (wie beispielsweise bei der Steuervorlage im Kanton Neuenburg).

Drittens – und das lässt aufhorchen – reagieren die Leute zunehmend auf die zunehmenden Ungleichheiten. Im Kanton Zürich befürwortete eine Mehrheit der Stimmenden 2009 die Abschaffung der Pauschalbesteuerung und verwarf im Frühling 2011 eine steuerliche Besserstellung der Grossverdiener. In die gleiche Richtung deutet die Auseinandersetzung um die Steuergerechtigkeitsinitiative der SPS vom Herbst 2010. Umfragen zur Initiative (die eine deutliche Eindämmung des interkantonalen Steuerwettbewerbs verlangte) ergaben im Vorfeld der Abstimmung deutliche Ja-Mehrheiten, und es bedurfte einer massiven und teuren Kampagne der Unternehmensverbände, um den Trend zu kehren.

Daraus nun zu folgern, dass eine steuerpolitische Neuorientierung im Sinne der Denknetz-Steueragenda auf Anhieb mehrheitsfähig ist, wäre allerdings wenig realistisch. Vielmehr geht es zunächst darum, die Diskurse über die Steuerpolitik grundlegend neu aufzumischen. Dies ist von fundamentaler Bedeutung dafür, wie die Menschen die gesellschaftliche Ressourcenverteilung beurteilen und welche Lösungswege für sie in Frage kommen, um gesellschaftliche Aufgaben und Probleme anzugehen.

Literatur, Hinweise:

Avenir Suisse, 2011. Magnet Schweiz. Die Schweiz im internationalen Standortwettbewerb. Faltbroschüre

NZZ, 17.2. 2011. Was man festhält, flieht. Debatte-Beitrag von Reinhard K. Sprenger

NZZ, 16.11.10. Die Neidgesellschaft bläst zum Halali. Von Markus Spillmann

NZZ, 19./20.3.11. Mehr als eine Fussnote. Von Markus Spillmann

Frick, A., Hartwig, J. und Wirz A. (2006): Die volkswirtschaftliche Bedeutung des Service public in der Schweiz, Studie im Auftrag der Ebenrain-Konferenz, KOF, ETH Zürich.

www.kof.ethz.ch/news/doc.php?did=1032&tid=2

Anmerkungen:

1 In diesem Betrag kommen zwei Entwicklungen zum Ausdruck: Die Gewinne sind förmlich explodiert (von 38.7 Mia Franken 1990 auf 231.3 Mia Franken 2006), während die effektiven Steuersätze ebenso deutlich gesunken sind (von 19.3% auf 7.1%).

2 ›Mehr als eine Fussnote‹. NZZ-Leitartikel vom 19./20. März 2011 (Markus Spillmann)

3 Die Beiträge von Mascha Madörin und Michael Krätke erscheinen in diesem Buch mit freundlicher Genehmigung der Herausgeber des Widerspruch (www.widerspruch.ch)